

der Seuche entgegentreten zu können. Der Direktor des Welt-Aids-Programmes schätzt die in den Entwicklungsländern für eine wirkungsvolle Aufklärung und Vorbeugung benötigten Mittel auf 2,5 Milliarden US-Dollar pro Jahr, eine 20mal höhere Summe als die bisher verwendete. Daß dabei ein Großteil von den Industrienationen aufgebracht werden müßte, ist selbstverständlich. Für die Behandlung eines Aids-Kranken in den USA werden jedes Jahr durchschnittlich 31 995 US-Dollar ausgegeben – in Afrika sind es gerade 93 Dollar. Grund genug, das Thema Aids bei uns wieder in die Schlagzeilen zu heben. Nicht um eine mit Vorurteilen und Diskriminierung einhergehende Hysterie erneut zu entfachen, sondern weil „Aids eine Aufgabe für die Gemeinschaft ist“. Bei Zahlen, die die Vorstellungskraft derer übersteigen, die sie eigentlich hören müßten, bedarf es der Veranschaulichung: Ein Flickenteppich aus 4698 Stoffquadraten ist vorstellbar – mit den Namen der seit Anfang der achtziger Jahre gestorbenen, von geschätzt 9000 an Aids erkrankten Personen in Deutschland. Zwei Millionen Stoffquadrate wären erneut unvorstellbar. fo

Erwartungen

Katholikentagspläne bis zum Jahr 2000

Gegen Ende seiner Herbstvollversammlung 1992 tat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken einen Blick auf die herannahende Jahrtausendwende: Der Rhythmus der alternierenden evangelischen und katholischen Großveranstaltungen will es nämlich, daß auf das symbolträchtige Jahr 2000 ein Katholikentag fällt. Er soll nach dem gegenwärtigen Planungsstand in *Hamburg* stattfinden, wobei man davon ausgehen kann, daß bis dahin das neue „Nordbistum“ mit Sitz in der Hansestadt nicht nur errichtet, sondern auch konsolidiert ist.

Bis „Hamburg 2000“ wird es allerdings nicht drei, sondern nur zwei Katholikentage geben. Zwischen dem Dresdner Katholikentag von 1994 und dem Mainzer Katholikentag von 1998 (hier ergibt sich der Veranstaltungsort aus Jubiläumsgründen: in Mainz fand 1848 die erste „Generalversammlung der katholischen Vereine“ statt, mit der die Geschichte der Katholikentage beginnt) wird 1996 in Hildesheim ein „Katholischer Kongreß“ unter dem Leitwort „Solidarität“ stattfinden. Kleiner als ein Katholikentag, aber größer als ein reiner Fachkongreß soll dieses Treffen sich mit der Solidarität zwischen Ost und West in Europa, aber auch zwischen Nord und Süd in der Welt und auch mit der Solidarität im vereinten Deutschland befassen. Man verspricht sich von einer solchen Veranstaltung, die vor allem für Multiplikatoren bzw. für in konkreten Solidaritätsaktionen Engagierte gedacht ist, gezieltere Impulse als von einem thematisch immer breiter angelegten und zudem sehr auf Fest und Feier ausgerichteten Katholikentag.

Nicht nur wegen dieses geplanten Kongresses, der keine Abkehr vom Zweijahresrhythmus der Katholikentage markieren soll, könnten die nächsten katholischen Großtreffen interessant werden. Auch der Dresdner Katholikentag im Frühsommer 1994 soll, vor allem wenn es nach den Vorstellungen und Wünschen aus den neuen Bundesländern geht, ein eigenes, dem gesellschaftlichen und kirchlichen Kontext entsprechendes Profil haben. Bei der ZdK-Vollversammlung plädierten die ostdeutschen Mitglieder einmütig für einen möglichst weitgehend ökumenisch geprägten und für die nichtchristliche Mehrheit offenen Katholikentag in der sächsischen Hauptstadt.

Mehrfach wurde auch an das Katholikentreffen von 1987 (vgl. HK, August 1987, 363 ff.) und an die Ökumenische Versammlung der DDR-Kirchen von 1988/89 erinnert, deren erste und dritte Session in Dresden stattfanden. Daß die katholische Kirche an der Ökumenischen Versammlung als Vollmitglied

teilnahm, war alles andere als selbstverständlich; es bedeutete so etwas wie den Sprung über den Schatten und markierte die größere Bereitschaft der katholischen Kirche in der DDR, sich gemeinsam mit Vertretern der anderen christlichen Konfessionen auf gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen einzulassen. Für die katholischen Teilnehmer bedeutete die Mitarbeit bei der Ökumenischen Versammlung einen Lernprozeß.

Die enge Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche vor Ort in Vorbereitung und Durchführung des Dresdner Katholikentags ist schon aus praktischen Gründen unumgänglich. Das Treffen von 1994 werde „in hohem Grade auf die bereitwillige und verständnisvolle Aufnahme durch die evangelischen Christen“ verwiesen sein, formulierte der sächsische Wissenschaftsminister und neue ZdK-Vizepräsident *Hans Joachim Meyer* auf der Herbstvollversammlung. Sollte es darüber hinaus wirklich gelingen, den Dresdner Katholikentag „in seinen Inhalten, seiner Sprache und in seinem Verlauf einladend für alle“ zu machen (so die Vorlage des Leitungskreises für Dresden auf der Vollversammlung), könnte das Treffen zu einem wichtigen *Signal für die Akzeptanz der Kirchen* in den mehrheitlich nichtchristlichen neuen Bundesländern werden. Der Katholikentag 1994 ist die erste kirchliche Veranstaltung dieser Größenordnung in Ostdeutschland seit dem Ende der DDR. Die Evangelischen Kirchentage 1993 und 1995 finden in den alten Bundesländern statt.

Ein Leitwort für Dresden steht noch aus; es wird nicht wie bei den letzten Katholikentagen von der ZdK-Vollversammlung, sondern vom Geschäftsführenden Ausschuß festgelegt. Wohl aber steht das Thema fest, um das sich die verschiedenen Schwerpunkte des Treffens gruppieren sollen: Es wird um die *Einheit* gehen, wobei sich der Bogen von den Folgeproblemen der deutschen Vereinigung über Europa (Dresden liegt nicht weit von der tschechischen und polnischen Grenze entfernt) und

den internationalen Kontext bis zur Einheit in der Kirche spannen soll.

Der *Karlsruher Katholikentag* vom Juni 1992 (vgl. HK, August 1992, 371 ff.) stand stark im Zeichen der gegenwärtigen innerkirchlichen Spannungen, mit denen sich das ZdK-Papier über „Dialog statt Dialogverweigerung“ (vgl. HK, November 1992, 497 ff.) auf erfreulich direkte und gleichzeitig konstruktive Weise beschäftigt. Im Vorblick auf Dresden formulierte der Leitungskreis, es gelte, „legitime Spannungen und unterschiedliche Standpunkte zu lebendiger Einheit in Vielfalt“ zusammenzuführen. Man kann gespannt sein sowohl auf das Treffen von Dresden selber wie auf die Impulse, die davon hoffentlich auf die weitere Gestaltung der Katholikentage ausgehen. ru

Nicht umsonst

Frauenhirtenbrief der US-Bischöfe blieb ohne die erforderliche Mehrheit

Daß der seit Jahren in Arbeit befindliche Frauen-Hirtenbrief der US-Bischöfe auf der Herbstvollversammlung 1992 nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhielt – 137 Bischöfe stimmten mit Ja, 110 mit Nein –, war letztlich keine Überraschung mehr. Seit langem hatte sich auch innerhalb der Bischofskonferenz der Eindruck verdichtet, daß die US-Kirche sich mit einer Verabschiedung des Hirtenbriefes als Pastoral Schreiben der Gesamtkonferenz in seiner vierten Fassung letztlich mehr geschadet hätte, als mit ihr hätte gewonnen werden können. Den Hoffnungen, die das Projekt nicht zuletzt im Kielwasser der beiden großen Hirtenbriefe der US-Bischöfe zu Friedens- und Wirtschaftsfragen geweckt hatte, war das Projekt schon bald immer wieder gerecht geworden. Wirklich zufrieden war niemand: Den Befürwortern nachhaltigen Wandels gingen die Hirtenbriefentwürfe zunehmend nicht weit genug und den An-

hängern des Status quo paßte eigentlich bis zum Schluß die ganze Frage- richtung nicht.

Wenn die Nachricht vom Scheitern des Frauenhirtenbriefes dennoch daraus mehr als nur eine Meldung wert ist, dann aus mehreren Gründen. Journalistisch interessant ist ein Vorgang immer dann, wenn er neuartig ist: Wo hat es das schon einmal gegeben, daß eine der größten Bischofskonferenzen der Welt in einem sich über Jahre hinziehenden und in aller Öffentlichkeit diskutierten Hirtenbriefprojekt schlußendlich die Notbremse zieht und nach der Devise verfährt: Lieber kein Hirtenbrief als so einer? Nicht zuletzt unter massiver römischer Einwirkung – natürlich nicht ohne entsprechende Verbündete in den Vereinigten Staaten selbst – wurde das Projekt von Mal zu Mal in seiner Zielperspektive so deutlich verändert, daß im letzten, *vierten* Entwurf (vgl. Origins, 10. 9. 92) die Anliegen des ersten kaum mehr erkennbar waren.

Um es an der Fragestellung zu verdeutlichen, die die öffentliche Diskussion in den USA – allzu sehr – beherrschte: Der erste Entwurf gab nicht nur den unterschiedlichsten Ansichten von Frauen zur *Ordinationsfrage* breiten Raum, sondern hielt sich mit einem abschließenden theologischen Urteil zurück und forderte zu weiteren Untersuchungen zu diesem Themenkomplex auf. Der vierte Entwurf gab demgegenüber schlicht und einfach zu Protokoll, daß die Kirche gar nicht befugt sei, die Weihe von Frauen vorzunehmen. Im ersten Fall warb man alles in allem für mehr Offenheit, für die Möglichkeit eines Wandels, im zweiten Fall warb man um Verständnis für den Status quo. Insofern ist die Frage berechtigt, ob es sich wirklich noch um dasselbe Hirtenbriefprojekt handelte.

Aber nicht nur seine Neuartigkeit macht diesen Vorgang überdenkenswert. Er ist es vor allem deshalb, weil sich ihm eine gesamtkirchliche Problematik widerspiegelt, die gegenwärtig nicht nur im Zusammenhang mit der Frage nach einer veränderten Stellung

der Frau in der Kirche eine Rolle spielt. Hirtenbriefe zu bestimmten Sachfragen können im Grunde nur erfolgen, wenn innerkirchlich ein wenn auch vielleicht minimaler, aber eben doch ein bestimmter *positiver Konsens* vorliegt. Hirtenbriefe können Konsens nur in den seltensten Fällen anregen bzw. gegen massive Widerstände durchsetzen; eher ist es so, daß sie einen bereits in der jüngsten Vergangenheit erreichten Prozeß festschreiben, lehramtlich rezipieren und ratifizieren. Insofern war möglicherweise bereits der erste Ansatz der US-Bischöfe, sich mit Hilfe des Frauenhirtenbriefes mehr zum Sprachrohr innerkirchlicher Pluralität in Frauenfragen zu machen als lehramtliche Entscheidungen zu treffen und klar Optionen zu benennen und zu begründen, problematisch.

Und genau an diesem Konsens mangelt es angesichts des vielbeschworenen innerkirchlichen „Problemstaus“ eben vielfach. Insofern führt es auch nicht viel weiter, allüberall nach einem Wort des Bischofs, der Bischöfe oder gar Roms zu rufen, wenn im Einzelfall nur schwer erkennbar ist, inwieweit tatsächlich ein Konsens in einer Sachfrage vorliegt oder nicht. In vielen gegenwärtig innerkirchlich sehr kontrovers diskutierten Fragen müßte es deshalb eher darum gehen, im guten Sinne Fakten zu schaffen, die eines Tages nicht mehr rückgängig zu machen sind. Es handelt sich dabei z. T. wenigstens auch um Fragen, die bei aller Sympathie für Veränderung – siehe die Umstände der Zulassung von Frauen zur Priesterweihe in der Kirche von England (vgl. HK, Dezember 1992, 543) – schlicht ihre Zeit brauchen.

Nach der Entscheidung der US-Bischöfe, ihren Hirtenbrief lediglich als Kommissionsbericht zu veröffentlichen, ist es ansonsten keine billige Vertröstung, darauf hinzuweisen, daß die geleistete Arbeit nicht umsonst war. Und sei es nur, daß den US-Katholiken nun deutlicher denn je zu Bewußtsein gekommen ist, wie vermint das wenig erschlossene Gelände der Frauenfrage innerkirchlich weiterhin ist. nt